

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erhöht auf 6.00 mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagspreis von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 282.

Dresden, Montag den 6. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Diplomaten und Schutzzöllner.

Als im November des vorigen Jahres der Deutsche Reichstag seine vernichtende Abrechnung mit dem absoluten Regiment und seinen Organen hielt, kam die Diplomatie arg unter die Räder. Und als gar noch aus dem fernen Galizien der berühmte Mann mit der gelben Weste, Herr v. Adlerfeld-Waldner lächerlichen Angebendens, herbeieilte, um zu retten, was doch nicht mehr zu retten war, ging ein prasselndes Unwetter schärfter Anklagen gegen das Personal der Behörde hernieder, in deren Händen die auswärtige Vertretung des deutschen Volkes liegt. Bei einer unheimlichen Gelegenheit sind diese Klagen und Anklagen jetzt erneuert worden. Die Beratung des Entwurfs eines Handelsvertrags mit Portugal gestaltete sich am letzten Sonnabend im Reichstagsgebäude zu einer Abrechnung mit den daran beteiligten Diplomaten, die zwar an dramatischem Aufputz hinter den Novemberdebatten weit zurückblieb, an sozialer Schärfe sie wohl noch übertraf. Das einzige, was aus dieser Erörterung Ruhmenswertes für die Diplomatie zu erwähnen ist, ist wohl der Umstand, daß sie sich neuerdings der Schreibmaschine bedient, wahrscheinlich um unleserliche Manuskripte unmöglich zu machen, die dem Absolutismus bei früherem Anlaß so schlimme Stunden bereitet haben. Wenn man dann aber weiter erfährt, daß ein deutscher Gesandter sich einer Schreibmaschinenmaschine bedient, um sich eine Uebersetzung eines Handelsvertrages aufzulegen, dann verbleibt auch der Ruhm dieses Fortschritts sehr schnell.

Portugal, ein vom Adel und der Geistlichkeit heruntergewirtschafteter, einmals mächtiger, heute unbedeutender Staat mit kümmerlicher entwickelter Volkswirtschaft, hat sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, mit dem Deutschen Reich handelspolitisch auf dem Kriegsfuß zu verkehren. Für einige Gewerbe ist das unangenehm gewesen, im ganzen konnte es bei der Unberechenbarkeit der Umstände nicht viel nützen. Immerhin ist es natürlich wünschenswert, daß im Interesse unseres Handels und unserer Industrie die Handelsbeziehungen zu jenem Lande auf einer sicheren Grundlage ruhen. Daran muß auch den Arbeitern solcher Betriebe liegen, die für die direkte oder indirekte Ausfuhr nach Portugal schaffen, weil sie auf eine ständige, den Erfindungen plötzlicher Zollkriege möglichst wenig ausgelegte Beschäftigung angewiesen sind. Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu dem Verzuge, einen Handelsvertrag mit Portugal abzuschließen, ist somit gegeben. Eine ganz andere Frage bleibt indessen, ob der von der Regierung vorgelegte vorläufige Vertrag die Anerkennung der sozialdemokratischen Forderungen enthält. Der jetzige Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Herr Delbrück, hat ihn respektvoll vertreten und das Parlament um seine Zustimmung ersucht; aber er hat ebenbürtig wie irgendeine andere heimliche Behörde entscheidenden Einfluß auf seine Gestaltung gehabt. Sie ist vielmehr beinahe ausschließlich das Werk jenes Grafen Lattenbach, der dem Deutschen Reich früher schon das Marokkoadventurer einbrachte, als er nämlich nach Deutschlands Vertreter in Lissabon aufzuziehen, müßte er sich strebend, den Vorkaufsverträgen in Madrid zu erhalten und wollte den Abschluß eines Handelsvertrags mit Portugal als ein geeignetes Sprünzbrüt für seine Karriere benutzen. So hat er denn darauflos unterhandelt und ein Werk zustande gebracht, das im Reichstag von den Vertretern sämtlicher Parteien ohne alle Ausnahmen kritisch zerstückt und als unangenehm bezeichnet wurde. Sogar ein sächsischer Nationalliberaler fand bei der Gelegenheit den Mut, mit der Beamtenchaft einen Strauß auszusprechen, bei dem diese alles andere als Vorbeeren erntete.

Es blieb aber doch dem Vertreter unserer Partei vorbehalten, die Frage, die eigentlich auf der Tagesordnung stand, von einem allgemeineren Gesichtspunkt aus zu betrachten. Denn mit einer Kritik an Einzelheiten ist ja letzten Endes doch nichts getan, wenn man das System un verändert weiter wuchern läßt, von dem sie nur einen Teil bilden. Nicht einen einzelnen Diplomaten gilt es anzuklagen und in keinem ehrgeizigen Streben aufzuhalten, sondern die Vertretung des Reiches in seinen Beziehungen zum Ausland muß auf die Anlagbarkeit gedrückt werden. Heute besteht sie eigentlich nur aus den Sprößlingen einer Handvoll von Familien, die, um ein Wort des Simplicissimus zu gebrauchen, „wegen hohen Adels des Lebens und Schreibens unhandig sind“. In dem diplomatischen Korps sehen wir eine Beamtenchaft vereinigt, die alle Anzeichen des sächsischen Premierministers an Laublosigkeit der Kronmatten, der Lackstühle, des Monokels und des Gehrocks erfüllen dürfte. In seine Reihen kann nur eindringen, wer über ausgezeichnete Familienverbindungen verfügt, einen gehörig gefüllten Geldsack sein eigen nennt, während seiner Studienzeit dem nützlichen Gewerbe des Biervertriebs in einem feudalen Korps angehört und es beim Militär zum Referendarius gebracht hat. Andere Sprößlinge unseres Volkes werden arbeitsfähig nicht zugelassen. Dieser Wandel zu schaffen, ist eine der dringendsten Aufgaben, die unsere Volkvertretung zu lösen hätte.

Es ist ein auf die Länge der Zeit ganz unhaltbarer Zustand, daß die Vertretung eines Volkes der Arbeit, wie das deutsche, in den Händen einer abgeforderten Kaste liegt, die keinerlei Fähigkeit mit den wirtschaftlichen Mächten, geschweige

dem mit den Mächten des Volkes hat und zu haben wünscht. Was verleben denn diese Fürsten, Grafen und Barone, die in den Possidionspalästen und Gesandtenhotels fremder Hauptstädte ihre Riesengebäude durchzubringen unseres Volkes? Sie sehen ihre Aufgabe als erfüllt an, wenn sie „repräsentieren“, die Vertreter anderer Länder mit langen Reden bombardieren und mit dem Ansehen der Geschäftigkeit die völlige Unfruchtbarkeit ihres Treibens zu verdecken verstehen. Sie sind nicht, wie sie sein sollten, Pioniere der deutschen geistigen und wirtschaftlichen Arbeit, sondern eine Sorte von höheren Kammerdienern, die sich mit allerhand verdächtigen Intrigen bemühen, sich nach dem Rezept des seligen Kallegrand gegenständig zu belauern. Kallegrand hat einmal gesagt, die Diplomaten hätten die Sprache dazu, um ihre Gedanken zu verbergen. Die deutsche Diplomatie von heute hat es leichter; sie braucht keine Gedanken zu verbergen, weil sie keine hat!

Mehr als berechtigt war daher die Aufforderung des sozialdemokratischen Redners Dr. Südekum, die bürgerlichen Parteien, die jetzt so arg schmähen, möchten sich gefälligst um die Bemühungen anschließen, dem Uebel an die Wurzel zu gehen und die ausländische Vertretung Deutschlands den Händen der Privilegierten zu entwinden. Wir brauchen nicht erst zu bemerken, daß wir uns von diesem berechtigten Appell, genötigt durch lange Erfahrungen, keinen besonderen Erfolg versprechen.

Die Verhandlungen des Reichstags am letzten Sonnabend waren aber noch aus anderen Gründen sehr interessant. Verstanden sie doch zum größten Teil aus tief empfundenen Klagen der deutschen Schutzzöllner über schutzzöllnerische Reigungen anderer Länder. Sie wußten es natürlich nicht wahr haben, daß Deutschland durch sein böses Beispiel erst recht solche Reigungen in der Fremde geweckt hat. Am liebsten wäre ihnen der Zustand, daß Deutschland sich mit unübersehbaren Zollgrenzen umwallen könnte, während der Markt der ganzen übrigen Welt unserer Industrieerzeugnisse und Landesprodukte offenstände. Davon ist natürlich nicht zu denken. Wie die Dinge einmal liegen, müssen wir froh sein, mit anderen Staaten in ein leidliches Vertragsverhältnis zu kommen. Das ist bei der Höhe unserer eigenen Schutzzölle sehr schwer. Freilich, als im Jahre 1902 der unfinnige Zolltarif im Deutschen Reichstag beraten wurde, da behauptete Graf Posadowsky, er sei die beste Waffe für deutsche Unterhändler, um andere Staaten zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Sozialdemokraten bestritten die Wahrheit dieses Ausspruchs. Und jetzt zeigt sich, daß sie wieder einmal recht hatten! Kein Mensch mag mehr die Behauptung, der deutsche Zolltarif stimme fremde Länder günstig für Handelsverträge. Im Gegenteil, selbst die Agrarier müssen zugeben, daß es schwer ist, gute Bedingungen zu erzielen, wenn man selbst sich gebunden hat. „Sand wich nur von Sand gewaschen!“ — das hat die Staatsbureaukratie im Jahre 1902 unter dem Druck der deutschen Hochschutzzöllner verstanden, das hat auch im Jahre 1909 unsere Diplomatie noch nicht gelernt. Jetzt erhält sie dafür die verdiente Abstrafung durch die Ablehnung des portugiesischen Handelsvertrags, die als das wahrscheinlichste Resultat der weiteren Verhandlungen schon jetzt vorausgesetzt werden kann.

Das Geld des Zentralverbandes.

Zwischen den Herren des Justizsturms und der national-liberalen Reichstagsfraktion ist es infolge der Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Presse zu einem heftigen Zerwürfnis gekommen. Namentlich die verlegene Behauptung der national-liberalen Presse, daß die nationalliberale Partei nie Geld von den Industrieverbänden bekommen habe, hat diese in helle Wut versetzt. Sie verlangen für ihr Geld nicht nur, daß man ihnen heimlich dient, sondern auch, daß man ihnen öffentlich die Hand läßt.

Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz, also das einzige Organ des Zentralverbandes, das die bekannten Drohungen gegen Wassermann und Stresemann veröffentlichte, stellt jetzt, was obgleich zur Genüge bekannt ist, noch einmal fest: nämlich, daß Herr v. Welpsien, damals Vorsitzender des Zentralverbandes, bei den Pottentottenwahlen auf Wunsch des Fürsten Bülow mehrere Hunderttausend Mark aufgebracht und dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt habe. Aus diesen Geldmitteln hat auch die nationalliberale Partei ihren Anteil erhalten.

Damit sind alle Versicherungen der Wassermann und Stresemann, als seien sie niemals Söldlinge des Zentralverbandes gewesen, nochmals als völlig hinfällig erwiesen. In Zukunft soll aber die Sache geschlichtet gefingert werden; da wird dann, wie aus dem Justizsturm-Protokoll hervorgeht, der Zentralverband „mit der ganzen Sache absolut nichts zu tun haben“. Der Geldstrom soll in eine besondere Reinigungsanlage geleitet werden, die ihm den Scharfmachergeruch benehmen soll. Dann werden auch die Nationalliberalen wieder finden, daß dieses Geld nicht riecht!

25 Jahre Krankenversicherung.

Am 1. Dezember 1909 waren 25 Jahre verstrichen, seitdem das „Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883“ in Kraft getreten ist. In diesem Vierteljahrhundert zeigte die Wirksamkeit hat die Krankenversicherung eine gewaltige Entwicklung durchlaufen.

Im Jahre 1885, dem ersten Jahre der Durchführung der Versicherung, hatten sämtliche Krankenkassen eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 4 249 173. Jetzt beträgt sie rund 12 200 000. Das ist fast eine Verdreifachung der Mitgliederzahl. Die weiblichen Mitglieder vermehrten sich innerhalb des Zeitraums allein von 778 898 auf circa 3 500 000.

Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug im Jahre 1885 bei sämtlichen Kassen 1 804 829. Im Jahre 1909 ist dieselbe auf circa 5 450 000 zu schätzen. In den 25 Jahren ihres Bestehens hat die obligatorische Krankenversicherung in rund 79 Millionen mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfällen den Mitgliedern den Hillegeld gebracht. Die Zahl der Krankentage mit Krankengeld bei sämtlichen Kassen stieg von 25 301 178 im Jahre 1885 auf rund 100 Millionen im Jahre 1909. Seit Beginn der reichsgesetzlichen Krankenversicherung, also von 1885 bis Ende 1909, sind für circa 1 440 000 000 Krankentage Krankengeld gezahlt oder Vergütung für Behandlung in Krankenhäusern gewährt worden. Von dieser Gesamtzahl entfielen 49 Prozent auf die Ortskrankenkassen, 28 Prozent auf die Betriebs-, je 10 Prozent auf die Hilfskrankenkassen und die Gemeindekrankenkassen, 2 Prozent auf die Zünftekrankenkassen und der Rest auf die Bau- und sonstigen Kassen.

Die Gesamtsumme der von allen Kassen in den 25 Jahren aufgewandten Krankheitskosten betrug rund 3 1/2 Milliarden Mark. Davon entfielen circa 1 Milliarde Mark auf die Ärzte. Die besonders die Ausgaben für die Ärzte gestiegen sind, geht daraus hervor, daß im Jahre 1885 auf ein Mitglied für ärztliche Behandlung der Betrag von 2,10 M. entfiel, während im Jahre 1909 der Betrag von 6,10 M. erreicht worden ist. Die Ausgaben für Arzneien stiegen von 1,69 M. auf 3,60 M. Unter der Gesamtsumme der Krankheitskosten befinden sich circa 62 Millionen Mark für Wächterkosten, 13 Millionen Mark für Sterbegelder.

Mit dem Wachstum der Ausgaben sind natürlich auch die Leistungen der Mitglieder und Arbeitgeber für die Versicherung fortwährend gestiegen. Im Jahre 1885 kam auf ein Mitglied an Beiträgen, Zuschüssen und Eintrittsgeldern der Betrag von 12 M., im Jahre 1909 erreicht derselbe aber die Höhe von 26,50 M. Das Vermögen der gegenwärtig vorhandenen 23 250 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkassen beträgt rund 265 Millionen Mark. Davon entfallen allein circa 120 Millionen Mark auf die Ortskrankenkassen. Auf einen Versicherten entfallen Vermögen bei den Gemeindekrankenkassen 1,90 M., Ortskrankenkassen 20 M., Betriebskrankenkassen 32 M., Baukrankenkassen 12 M., Zünftekrankenkassen 18 M. usw.

Diese großen Erfolge würde die Krankenversicherung nicht ohne die Selbstverwaltung, ohne den maßgebenden Einfluß der Arbeiter erreicht haben. Die Entwicklung der Versicherungseinrichtungen stellt der Leistungsfähigkeit und Intelligenz der Arbeiter das beste Zeugnis aus und widerlegt besser als alles andere das Märchen von der Feindschaft der Sozialdemokraten gegen die Sozialreform und beweist die Notwendigkeit der Arbeiter an Kulturfortschritten der Gegenwart.

Deutsches Reich.

Gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Sechsherren.

In Essen nahm am Sonntag eine von 1300 Personen besuchte Bergarbeiterversammlung in Sachen des Arbeitsnachweises eine Resolution an, in der die ablehnende Antwort des Ministers entschieden verurteilt wird. Für die Bergarbeiter blieben nur noch die Mittel der Selbsthilfe übrig, falls jedoch auch die Parlamente versagten. Die Versammlung versprach aber, sich an den Beschluß der Organisation zu halten.

Instimmigkeiten beim Arbeitskammergesetz.

Ob diese Vorlage, die den schärfsten Protest des industriellen Großkapitals hervorrief, dem Reichstoge wieder zurückgegeben wird, ist sehr zweifelhaft geworden. Es handelt sich um prinzipielle Fragen von großer Tragweite. Man trägt sich mit dem Gedanken, eine neue Vorlage auf veränderter Grundlage auszuarbeiten. Aber auch dann soll, ehe sie offiziell eingebracht werden soll, erst geprüft werden, ob im Reichstoge eine Mehrheit für die Vorlage zu finden sei.

Auch hier spielt man den Einfluss der Scharfmacher auf das Reichsamt des Innern unter dessen neuer Leitung.

Das Reichsamt über die Londoner Seefriedenskonferenz. Dem Reichstoge ist ein umfangreiches Reichsbuch zugeworfen, das die Erläuterungen zu den Ergebnissen der in

Politik unter dem Gesichtspunkt der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt.

Stimmen und Silber. Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung des Proletariats einsetzt.